

POSTULAT von Inge Stutz-Wanner (SVP, Marthalen) und Ernst Stocker-Rusterholz (SVP, Wädenswil)

betreffend Verzicht auf Fragebögen bei Vernehmlassungen

Der Regierungsrat wird ersucht, die Vernehmlassungen der Direktionen künftig nicht mehr in Form eines strukturierten, vorbereiteten Formulars zu verfassen. Die jeweiligen Vernehmlassungspartner sollen eine möglichst offene Version zur Verfügung gestellt bekommen.

Inge Stutz-Wanner
Ernst Stocker-Rusterholz

Begründung:

In der Vernehmlassung zur Reform des Zürcher Finanzausgleichs REFA wurde den Interessengruppen ein strukturierter, vorbereitender Fragebogen zugestellt, bei dem in einer Tabelle angekreuzt werden kann, wie wichtig die Umsetzung der einzelnen Zielvorgaben ist. Dieses Vorgehen liess den Vernehmlassungsteilnehmern wenige Möglichkeiten offen, um sich grundsätzlich mit dem vorgestellten System auseinander zu setzen. Die freie Meinungsäusserung wurde durch den vorgefassten Fragebogen eingeschränkt. Es war deshalb nicht möglich, entsprechende Antworten nur mit dem elektronischen Fragebogen auszufüllen. Etliche Teilnehmer haben aus diesen Gründen noch eine eigene Antwort beigelegt, um ihre Meinungen zu unterstreichen.

Es stellt sich damit auch die Frage, in welcher Form die zusätzlich verfassten Antworten nun ausgewertet und welches Gewicht diese, im Vergleich zu den ausgefüllten Fragebögen, in der Gesamtbewertung erhalten werden.

Aus diesen Gründen schlagen wir vor, dass die Vernehmlassungen künftig wieder in einer möglichst offenen Form an die eingeladenen Teilnehmer weitergeleitet werden.